



Petition an Faure Gnassingbé, Präsident der Republik Togo



ACAT-Deutschland
Postfach 11 14
D-59331 Lüdinghausen

An den Präsidenten der Republik Togo, Herrn Faure Gnassingbé

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich begrüße die Anstrengungen, welche die togolesische Regierung zur Bekämpfung der Lynchjustiz unternommen hat. So wurden Maßnahmen getroffen wie Patrouillen in den Quartieren, Nachbarschaftspolizei und Notfall-Hotlines. Doch genügt dies nicht, um die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren. Hinzu kommt, dass die togolesische Regierung keine Statistik über Fälle von Lynchjustiz führt.

Lynchjustiz wird in einem rechtsfreien Raum ausgeübt und gerichtlich nicht geahndet. Wohl gibt es gesetzliche Bestimmungen, um Mord und andere Verbrechen gegen Leib und Leben zu verfolgen und zu bestrafen, doch ist der Straftatbestand der Lynchjustiz im Strafgesetzbuch nicht ausdrücklich aufgeführt. Folglich ist es schwierig, jemanden dafür zu belangen, außer man macht Gewaltausübung oder ein Tötungsdelikt geltend.

Lynchjustiz verstößt gegen jene Bestimmungen, die das Recht auf Leben garantieren, wie Artikel 6 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (UNO-Pakt II) und Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Letzterer bestimmt: „Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“ Und auch Artikel 13 der togolesischen Verfassung präzisiert: „Der Staat ist verpflichtet, die körperliche und moralische Unversehrtheit, das Leben und die Sicherheit jeder im Staatsgebiet lebenden Person zu garantieren.“ Lynchjustiz verursacht in der Bevölkerung ein Klima der Unsicherheit und des Schreckens. Sie verletzt auch Artikel 9 des UNO-Pakts II über das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit. Außerdem missachtet sie das Recht auf einen fairen Prozess und alle damit verbundenen Garantien – etwa die Unschuldsvermutung, wie sie in Artikel 18 der togolesischen Verfassung verankert ist. Dieser Artikel lautet: „Für jeden Beschuldigten oder Angeklagten gilt die Unschuldsvermutung, bis seine Schuld aufgrund eines Prozesses, der ihm sämtliche für seine Verteidigung unerlässlichen Garantien gewährt, erwiesen ist. Die Justiz, als Hüterin der Freiheit des Individuums, gewährleistet die Einhaltung dieses Prinzips innerhalb der gesetzlich festgelegten Bedingungen.“

In Anbetracht der besorgniserregenden Situation fordere ich die Behörden Togos auf:

- darüber zu informieren, welche Maßnahmen getroffen worden sind, um das Phänomen der Lynchjustiz zu bekämpfen, und diese Maßnahmen noch zu verstärken;
- den Tatbestand der Lynchjustiz explizit in das Strafgesetz aufzunehmen;
- Zahlen über Untersuchungen im Zusammenhang mit Lynchjustiz, über Anklagen und Verurteilungen sowie über Strafen gegen die Täter zu veröffentlichen.

In dieser Erwartung und im festen Vertrauen auf eine Verbesserung der Menschenrechtslage in Togo grüße ich Sie hochachtungsvoll.

	Name, Vorname	Adresse	Datum, Unterschrift
1			
2			
3			

Weitere Unterschriften auf der Rückseite

An den Präsidenten der Republik Togo, Herrn Faure Gnassingbé

In Anbetracht der besorgniserregenden Situation fordere ich die Behörden Togos auf:

- darüber zu informieren, welche Maßnahmen getroffen worden sind, um das Phänomen der Lynchjustiz zu bekämpfen, und diese Maßnahmen noch zu verstärken;
- den Tatbestand der Lynchjustiz explizit in das Strafgesetz aufzunehmen;
- Zahlen über Untersuchungen im Zusammenhang mit Lynchjustiz, über Anklagen und Verurteilungen sowie über Strafen gegen die Täter zu veröffentlichen.

	Name, Vorname	Adresse	Datum, Unterschrift
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			

Bitte schicken Sie diese Petition bis zum 31. März 2017 an:

ACAT-Deutschland, Postfach 1114, 59331 Lüdinghausen

ACAT-Deutschland (Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter) ist eine politisch neutrale Menschenrechtsorganisation, angeschlossen an die FIACAT (Internationale Föderation der ACAT) mit Beraterstatus bei den Vereinten Nationen und Beobachterstatus bei der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und die Rechte der Völker.